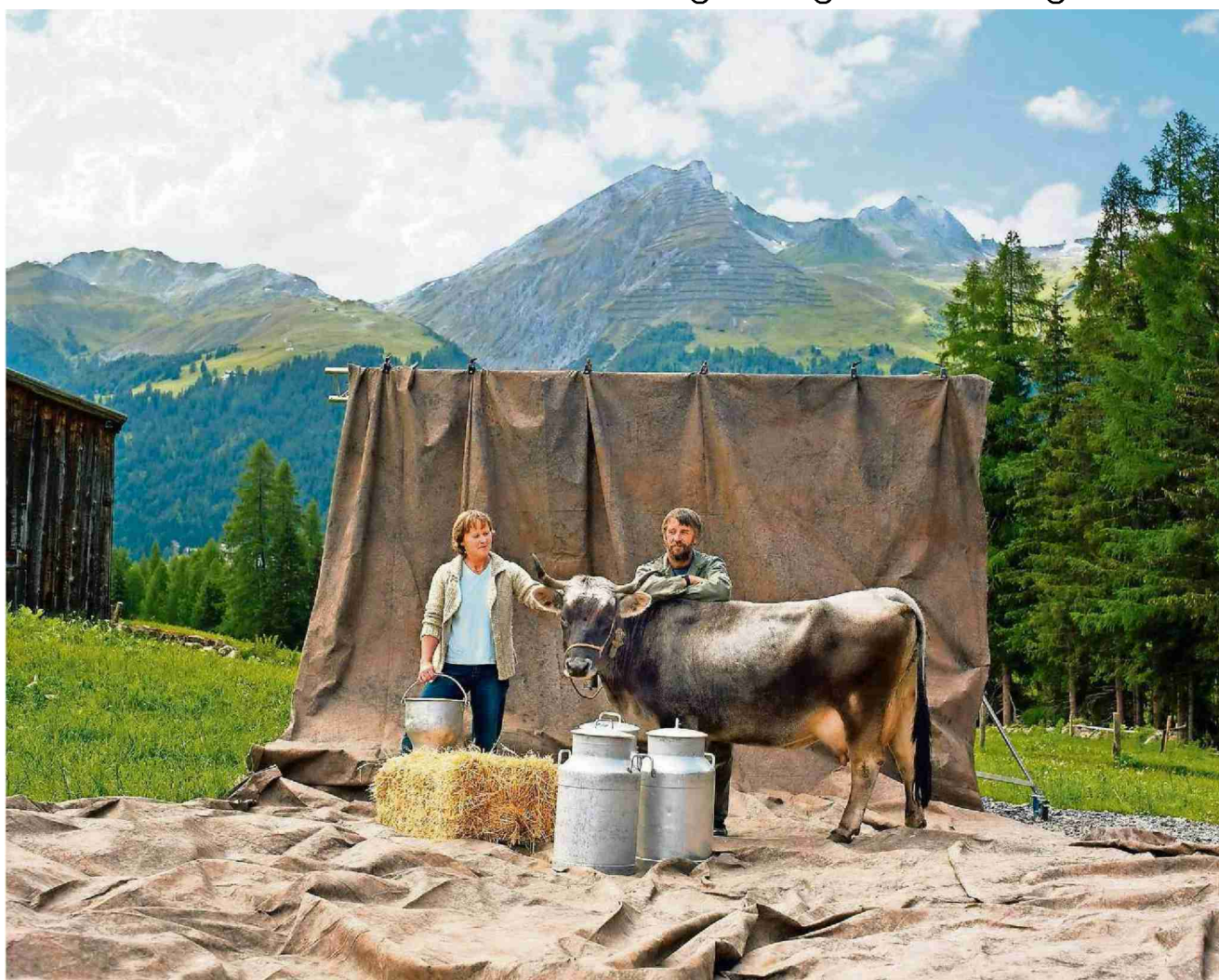




Bombe im Hühnerstall

Drei Viertel aller Bäuerinnen bekommen keinen Lohn
– das hat im Fall einer Scheidung unangenehme Folgen



Sie packen an, aber sie verdienen nichts. Die Situation vieler Bäuerinnen in der Schweiz ist prekär. Foto Gallery Stock/Peter Hebeisen



Von Christian Zürcher

Bern. Sie ist Bäuerin, 50, seit 25 Jahren verheiratet, hat vier Kinder und ist unglücklich – mehr will sie von sich nicht preisgeben. Nennen wir sie Hanna. Ihr Mann anerkennt ihre Arbeit nicht, es funktioniert nicht mehr zwischen den beiden, er nimmt ihr die Luft zum Leben.

Hanna hat das Szenario Scheidung immer wieder durchgerechnet. Hof und Kinder zurücklassen: schwierig. Hinzu kommen arge finanzielle Folgen. Hanna hat zwar immer gearbeitet, aber nie einen Lohn bekommen und in eine persönliche Altersvorsorge einbezahlt. Im Gegensatz zu ihrem Mann: Das Vorsorgekapital läuft auf seinen Namen. Hannas finanzielle Zukunft wäre allein ungewiss. Ein güterrechtlicher Streit würde zudem den Hof in Schieflage bringen und eine Hofübernahme eines eigenen Kindes erschweren. Ein Dilemma. Hanna hat abgewägt und entschieden: keine Scheidung.

Nicht alle Bäuerinnen machen es wie Hanna. Immer häufiger scheiden sie sich. Noch vor 20 Jahren waren Bauernehen statistisch gesehen stabiler, die Scheidungsraten deutlich tiefer als bei gewöhnlichen Ehen. Heute haben sich diese dem Schweizer Durchschnitt von 50 Prozent angenähert: Rund jede zweite Ehe geht in die Brüche.

Scheidung – und dann Sozialhilfe

Knapp drei Viertel der 45 693 auf Schweizer Bauernhöfen tätigen Frauen arbeiten gratis und gelten als nicht erwerbstätig. Sie haben keinen Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung und Mutterschaftsurlaub, sondern nur eine Altersvorsorge mit minimaler Rente. Nach einer Scheidung heisst dies: kaum Geld, kein Beruf, schlechte Perspektiven. Beim bäuerlichen Sorgentelefon gingen in den vergangenen Jahren immer mehr Anrufe ein, die bei diesem Thema um Rat suchen. Die betroffenen Frauen wissen: Im schlimmsten Fall landen sie bei der Sozialhilfe.

«Diese Fälle kenne ich, es sind viele», sagt Christine Bühler, Bäuerin in Tavannes (BE), 7500 Hühner, 26 Kühe. Sie schnauft einen Schnaufer durch den

Telefonhörer, der den Ton setzt für die Situation, in der die Präsidentin des Bäuerinnen- und Landfrauenverbands schon länger steckt. Seit acht Jahren kämpft sie dafür, dass Bäuerinnen einen Lohn bekommen, dass sie soziale Absicherungen erhalten, dass sie am Ende keine Sozialhilfe brauchen. Sie hat mit Gewerkschaftern gestreikt, zig Artikel geschrieben und versucht, ihre männlichen Kollegen zu überzeugen. Es half bisher wenig.

Jetzt aber geraten die Dinge in Bewegung. Der Bundesrat empfiehlt in seinem Bericht zur Agrarpolitik 2022, dass die Direktzahlungen an die Entrichtung von Sozialleistungen für Hofmitarbeitende geknüpft werden. Wer seine Frau nicht sozialversichert (Vorsorge und Taggeld), soll kein Geld vom Bund bekommen. Bumm. «Eine Bombe im Hühnerstall», nennt es Christine Bühler. Sie weiss, was die meisten männlichen Berufskollegen von den Plänen des Bundesrats halten: herzlich wenig.

Was denkt der Bauernverbandspräsident vom Vorschlag? Er muss lachen. Erst. Achtung Fangfrage, Obacht Stolperstein. Markus Ritter, Bauer in Altstätten (SG), 26 Kühe, 3 Mutterschafe, 10 Bienenvölker, weiss um die Brisanz der Lohnfrage – er will die Bäuerinnen nicht vergraulen. Er sagt, dass er noch keine konsolidierte Meinung des Bauernverbands zum Thema abgeben könne, weil man mitten im Vernehmlassungsprozess sei und er gerade die Positionen aller 85 Bauernteilverbände einhole.

Der gleiche Ritter sagte im November der *NZZ*: «Wir können doch nicht jedem Bauern vorschreiben, dass er seine Familie bezahlen muss.» Der CVP-Nationalrat will, dass jeder Bauer selbst entscheiden kann. Er sei ja gewöhnlich nicht als liberal bekannt, doch hier könne er nicht anders. «Viele Bauernhöfe laufen bereits auf dem letzten Zacken, da wird es schwierig, noch einen zusätzlichen Lohn auszus zahlen.» Tatsächlich gibt es gemäss dem Forschungsinstitut Agroscope immer noch

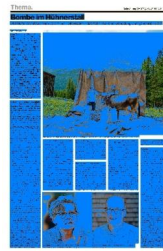
eine grosse Zahl an Bauernbetrieben mit einem Nettoeinkommen von unter 50 000 Franken. Hinzu kommen oft Schulden im sechsstelligen Bereich.

Der Bauernverband scheint also hin- und hergerissen, er ringt um eine Meinung. Das bildet sich auch in den drei Auswahlmöglichkeiten ab, die Ritter in der Vernehmlassung seinen Mitgliedern unterbreitet: a) Zustimmung zum Bundesrat; b) Streichung des Kriteriums; c) Beschränkung auf Taggeldversicherung.

Je länger Ritter spricht, umso deutlicher wird dessen Meinung. Sicher nicht a). Ritter hat seine Frau zwar vollumfänglich versichert. Wirklich überzeugend findet er den Vorschlag des Bundesrats aber nicht. «Es ist verwunderlich», entfährt es ihm. «Es stehen ja nicht einmal alle Frauen hinter diesem Vorschlag.» Tatsächlich: Selbst Kämpferin Christine Bühler findet ihn «eher suboptimal». Lieber wäre ihr die Verknüpfung an weniger existenzielle Beträge. Etwa an den vom Bund vorgeschlagenen Betriebsbeitrag von rund 5000 Franken. Das nähme der Debatte den Druck. Sie weiss, dass es Frauen in ihrem Verband gibt, die gegen eine Lohnpflicht sind. «Diese Meinung dürfen sie haben», sagt Bühler. Sie aber will endlich Resultate sehen, sie will, dass die Lohnpflicht im Gesetz steht.

Männer sind nicht präsent

Darum reist Bühler in diesen Wochen häufiger nach Bern ins Bundeshaus. Mit den Nationalrätinnen Maya Graf (Grüne) und Alice Glauser (SVP) hat sie zwei Politikerinnen gefunden, die die Dringlichkeit des Anliegens teilen. «Das ist keine Frage darüber, ob man links oder rechts steht», sagt Glauser, Bäuerin in Champvent (VD), 25 Kühe, viele Weinreben. «Es geht um die Rechte der Frau.» Für diese scheinen sich die Männer nicht zu interessieren. «Die Männer sind nicht sehr präsent», sagt Glauser. Dann muss sie lachen. Ihr fällt kein bürgerlicher Mann ein, der für ihr Anliegen wirbt. «Die Männer winden sich», sagt auch Bühler.



Klingt alles zäh und mühsam.

Wenn man Maya Graf zuhört, tönt das anders. Optimistisch und zuversichtlich. Graf ist Mitbesitzerin eines Biohofs, Vieh- und Obstbetrieb, zudem Co-Präsidentin von Alliance F, dem Schweizer Frauendachverband. «Ich bin überzeugt, dass nun etwas geschieht», sagt sie. Sie spüre Rückhalt in ihrem Umfeld, zudem könne sich der Bauernverband nicht mehr raus halten. Bühler und Glauser gebühre viel Respekt. «Sie machen den Knochenjob, sie müssen täglich Bauern und Politiker mit einem konservativeren Weltbild von dieser Notwendigkeit überzeugen.» Graf selbst fordert, dass die soziale Absicherung an die Direktzahlungen geknüpft werden. Die Verbände Bio Suisse und IP-Suisse unterstützen dies. Graf weiss aber auch, dass der politische Prozess dauert. Sie rechnet mit zwei Jahren voller Diskussionen und Zugeständnissen.

Zu heikel

In die Gleichstellungsdebatte der Bauern spielen Klischees und Traditionen. Männersprüche wie «Die Frauen wieder!» gehören dazu wie auch das sanfte Aufbrechen von Rollenbildern, das für manche Bauern bereits wieder zu rabiat ist. In diesem Spannungsfeld versuchen die beiden Chefs Bühler und Ritter zu vermitteln. Die beiden mögen sich, sagen sie. Beide sehen in der Landwirtschaft das geistige Fundament der Schweiz, erzählen sie. Doch die Frauenfrage trennt sie. Bühler sagt, dass es ihr für einmal nicht ums Detail gehe, sondern ums Prinzip. Ritter sagt, dass man das Problem erkannt habe und eine Lösung suche.

Hanna, die 50-jährige Bäuerin, die sich eine Scheidung nicht wirklich leisten kann, wird davon kaum mehr profitieren. An den Bäuerinnenschulen sorgt man aber inzwischen immerhin dafür, dass die künftigen Bäuerinnen über ihre schwache soziale Sicherung

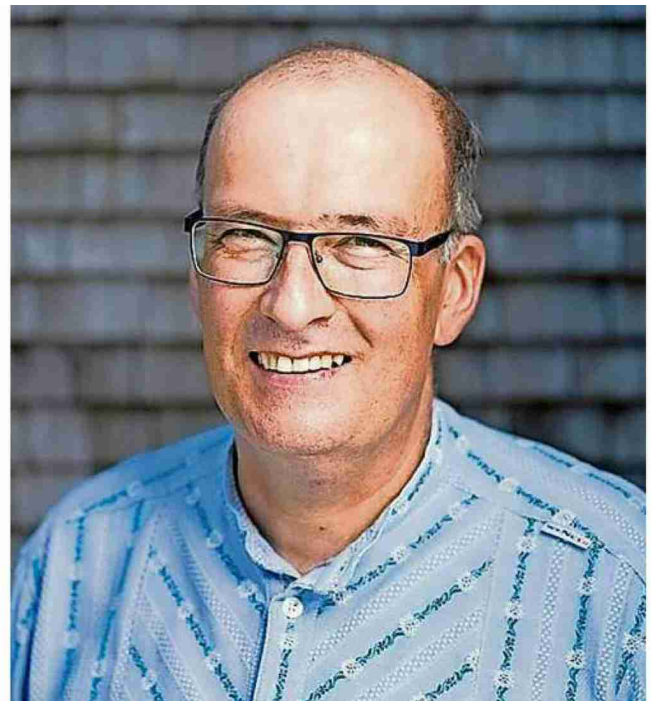
informiert sind. Zum Beispiel in Landquart bei Lehrerin Fabiola Merk, keine Bäuerin, aber Agronomin und Juristin. Zehnmal vier Lektionen sitzen die Schülerinnen bei ihr im Unterricht und erfahren von den möglichen Folgen einer Scheidung. Die erste Reaktion der angehenden Bäuerinnen: «Jaja.» Und: «Sie sind so unromantisch!» Merk antwortet, dass jede romantische Phase einmal abgelöst werde von einer anderen. «Ich glaube, sie haben es begriffen», sagt sie.

Tatsächlich steigt die Zahl der Bäuerinnen, die Geld in die Altersvorsorge einzahlt. Doch die 40- bis 60-Jährigen, die Hauptrisikogruppe gemäss Merk, sind nach wie vor schlecht abgesichert. Die Lehrerin hat ihre Klasse angefragt, ob sie dieser Zeitung von ihren Gedanken über die Lohnproblematik erzählen wollen. Wollen sie nicht. Zu heikel.

In vier Wochen fasst der Bauernverband seine Parole. Alle sind gespannt.



«Es sind viele.» Christine Bühler ist die Präsidentin vom Bäuerinnen- und Landfrauenverband. Foto Keystone



«Eher suboptimal». Markus Ritter, oberster Bauer der Schweiz. Foto Keystone